

## Claudia Klimt-Weithaler

## "viele schlechte"

vorher bis zu sechs Monate, jetzt sind es drei Monate) wie die finanzielle Absicherung der Pflegeeltern. Die leisteten bisher eine enorm wichtige Arbeit ganz ohne soziale Absicherung.

## Wie beurteilen Sie andere Parteien?

**Klimt-Weithaler:** Leider muss man die gesamte Regierungsperiode als eine der vergebenen Chancen betrachten. Gerade bei der Mindestsicherung oder beim Pflegegesetz (Förderungen soll es nur mehr für öffentliche Pflegeheime geben, um der Geschäftemacherei mit der Altenpflege einen Riegel vorzuschieben) hat die SPÖ lieber mit der ÖVP gepackelt, als etwas fürs Land und die Menschen zu verbessern.

Jahrelang war die ÖVP mit uns einer Meinung, den Landeshauptmann bei der Energiepolitik (Preise für Strom, Gas, Fernwärme) in die Pflicht zu nehmen. Sogar bei unserem Antrag



zum Rückkauf der ESTAG-Anteile von der EdF war die ÖVP dabei. Als es um die nötige Gesetzesänderung ging, machte die ÖVP einen Rückzieher. Dazu kommen Landtagsbeschlüsse, die nicht umgesetzt wurden. Verkehrslandesrätin Edlinger-Ploder (ÖVP) etwa hat bis heute nicht die Landestankstellen für alle geöffnet, um günstigere Treibstoffe anbieten zu können.

## Warum soll die KPÖ im Landtag bleiben?

**Klimt-Weithaler:** Wie in Brüssel stellt auch in Wien und Graz eine mächtige Wirtschaftslobby die Weichen. Wir sind denen nicht hörig, sondern eine Vertretung für alle, die keine Lobby hinter sich haben. Wir sind das soziale Gewissen im Land und eine verlässliche Kraft, die immer gegen Ungerechtigkeiten auftreten wird und ihre WählerInnen nicht im Stich lässt oder verrät. Mit unserem Sozialfonds sind wir die einzigen, die Menschen in Not unmittelbar helfen. KPÖ-PolitikerInnen behalten von ihrem Gehalt nur den Teil zum Leben, den eine durchschnittlichen Vollzeitbeschäftigung einbringen würde, der Großteil wird an den KPÖ-Sozialfonds abgeliefert. So wurde seit 1998 mehr als eine Mio. Euro an Menschen in Not weitergegeben.

## EINE STIMME MIT GEWINNGARANTIE

## Elf gute Gründe, die KPÖ zu wählen

Jede Stimme für die KPÖ ist eine Gewinn für die SteirerInnen – weil die KPÖ als einzige Partei keinen Zwängen aus Wien oder Brüssel unterliegt und nur im Sinn der Menschen handelt.

## 1. Geben statt nehmen, helfen statt reden

KPÖ-Politiker behalten vom Politeinkommen maximal 2000 Euro pro Monat, der Rest geht in den Sozialfonds. So ging seit 1998 mehr als eine Mio. Euro an Menschen in Not.

## 2. Soziale Gerechtigkeit

10 % der Bevölkerung besitzen 2 Drittel des Vermögens, aber immer mehr können vom Einkommen nicht leben. Gewinne und Vermögen der Millionäre müssen mit einer Reichensteuer umverteilt werden.

## 3. Gesundheit und Pflege

Pflege und Gesundheit werden so teuer, weil Private (z.B. Pflegefond) damit Geschäfte machen. Beides gehört in öffentliche Hand. Die KPÖ kämpft als einzige Partei für ein Verbot des Kleinen Glücksspiels, das Tausende in den Ruin treibt.

## 4. Frauen

Bei gleichem Lohn für gleiche Arbeit ist Österreich Europa-Schlusslicht. Nach einer KPÖ-Initiative gibt es Wirtschaftsförderung nur mehr für Betriebe, die Frauen gerecht entlohnen.

## 5. Arbeit

Die KPÖ kämpft für einen Mindestlohn von 1600 Euro pro Monat und gegen Profite von Konzernen und Banken zu Lasten der Arbeitenden.

## 6. Verkehr und Umwelt

Ein für alle leistbarer öffentlicher Verkehr soll durch eine Nahverkehrsabgabe für Unternehmen (wie in Wien) finanziert werden. Bodenspekulationen gehören unterbunden, Grünflächen erhalten (gegen das Murkraftwerk Graz), die ESTAG wieder in steirische Hände.

## 7. Kinder

Kindergärten und -krippen müssen kostenlos sein und über genug Plätze verfügen.

## 8. Jugend und Bildung

Die KPÖ ist für eine gemeinsame Schule bis 14 Jahre. Bildung muss für alle möglich sein; ohne Einschränkungen.

## 9. Pensionisten

Unser solidarisches Pensionssystem darf nicht privatisiert und von Spekulationen abhängig gemacht werden. Eine Wertschöpfungsabgabe auf Gewinne soll das Pensionssystem stützen.

## 10. Demokratie

Die KPÖ steht für den Erhalt des öffentlichen Eigentums und lehnt Privatisierungen ab. In der Politik gehören das Beraterwesen abgestellt und die Politbezüge verkleinert.

## 11. Wohnen

Die öffentliche Hand ist mitverantwortlich für Wohnen zu leistbaren Bedingungen, durch einen gut gefüllten Wohnbaupotopf, mit einer brauchbaren Wohnbeihilfe...



**KANDIDATINNEN der KPÖ, Liste 3:**  
von links nach rechts:  
**Di Leitenbauer**, Vizebürgermeisterin  
Trofaiach  
Landtagsabgeordnete **Renate Pacher**  
Landtagsabgeordneter **Werner Murgg**  
Obfrau des Landtagsklubs und  
Spitzenkandidatin  
**Claudia Klimt-Weithaler**

